

## Wir laden ein zu Vortrag & Diskussion

### Das höhere Bildungswesen im Kapitalismus: Ausbildung und Einbildung der Elite - Teil II

(Eigenständige Fortsetzung mit dem Schwerpunkt Geistes-, Natur- und Ingenieurwissenschaften)

Das moderne Gemeinwesen bezeichnet sich stolz als „Wissengesellschaft“, die auf der umfassenden Erkenntnis ihrer selbst und der sie umgebenden Natur beruht. In der Tat kann man an hiesigen Hochschulen fast alles studieren, von Atomphysik bis Zahnmedizin, von Altertumswissenschaft bis Volkswirtschaftslehre. Anlass, sich dem Selbstlob dieser Gesellschaft anzuschließen, ist das aber noch lange nicht.

Es gibt etliche Studiengänge, und zwar die am meisten frequentierten wie Betriebswirtschaftslehre oder Rechtswissenschaften, da kann man schon an dem *Studium* selbst merken, mit was für einer *Gesellschaft* man es zu tun hat; da verraten schon Modulhandbuch und Stundenplan den Klassen- und Herrschaftscharakter einer Gesellschaft, die so ein Wissen braucht. Und die verlangt offensichtlich ein Heer von *wirtschaftswissenschaftlich* ausgebildeten Handlangern der innerbetrieblichen Ausbeutung und zwischenbetrieblichen Konkurrenz, von *rechtskundigen* Agenten der Herrschaft, von in Sozialer Arbeit qualifizierten Profis der Elendsverwaltung und Integration gesellschaftlicher „Randgruppen“, und nicht zuletzt, von *geisteswissenschaftlich* gebildeten Profis in Sinnstiftung für Konkurrenzsubjekte und Staatsbürger.

Bei etlichen anderen Studiengängen, den *Natur- und Ingenieurwissenschaften*, gibt spätestens der *Beruf* Auskunft über den gesellschaftlichen Stellenwert des im Studium gelernten objektiven Wissens über die Natur und seine technologische Anwendung. Das Heer von Naturwissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren, das die Unternehmen und der Staat beschäftigen, zeugt von dem Nutzen für die hierzulande herrschenden Interessen: von ihren Beiträgen für den unternehmerischen Erfolg in der nationalen und internationalen Konkurrenz und von ihren Diensten für den Staat in Sachen Standortpflege und militärischer Staatenkonkurrenz.

Der Vortrag zum höheren Bildungswesen führt exemplarisch an einigen Studiengängen den intellektuellen Bedarf dieser Gesellschaft vor: Was die zukünftige akademische Elite an der Hochschule lernt, und von was für einer Gesellschaft das vermittelte Wissen zeugt. Vielleicht ist er damit auch ein Beitrag zur Aufklärung einer Studentenschaft, die sich gerne über die Studienbedingungen beklagt, die der Staat in dem vergangenen Jahrzehnt mit seinen „Bologna-Reformen“ einschneidend verändert hat, aber an dem Studium selbst nichts zu kritisieren hat.

Gastreferent: Prof. Dr. Egbert Dozekal

Frankfurt/Main: Mittwoch, 09.02.2011

Uni Campus Bockenheim, Studierendenhaus (KOZ)

Beginn: 19:00 Uhr

Eintritt frei!

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

**JETZT IM HANDEL!**

**4-10**

Nationalismus global

**Der Ausländer und das Problem, das er darstellt**

Thilo Sarrazins großer Wurf

**„Deutschland, erwache!“ – reloaded 2010**

Das Buch · Die „Sarrazin-Debatte“

Die USA streiten über ihre illegalen Ausländer

**Wer ist eigentlich ein richtiger Amerikaner?**

**Wahlen in Wien und ihre Bewältigung**

Ein demokratisches Wechselspiel zwischen Führung und Volk in Sachen Ausländer und deren Integration

Die Regierung reagiert auf die Unzufriedenheit mit ihrer Politik mit einem Herbst der Entscheidungen · Atomkraft im nationalen Energiemix – eine Waffe in der imperialistischen Staatenkonkurrenz · Die Nobelpreise für Frieden und Wirtschaft: Doppelte Ehre für die Freiheit von Macht und Markt · Kritik an Antifa-Demonstrationen: Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon · Der Kampf um „Stuttgart21“: Ein Bahnhof wird zur Staatsaffäre! Ein demokratischer Dialog in 5 Akten · Der Kampf der IG Metall gegen „prekäre Beschäftigung“ · Die deutsche Presse zu den Rentenprotesten in Frankreich: Die spinnen, die Gallier! · Envio-Skandal: „Die größte PCB-Katastrophe seit Jahrzehnten“ · Der Einsturz der Mine San José in Chile: Ein Unglück wie aus dem Bilderbuch · „Herbstaktion“ des DGB: So nicht! Für soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren ist jämmerlich!

ISSN 0941-5831 116 Seiten € 15.-  
Ab sofort im Buchhandel erhältlich

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung \* Carolus \* Hugendubel \* Internationale Buchhandlung Südseite \* Karl Marx \* Land in Sicht \* Naumann & Eisenbletter \* Ypsilon \* DARMSTADT: Georg Büchner \* Bessunger \* GRIESHEIM: Schlapp \* SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg \* MAINZ: Cardabela \* BAD HOMBURG: Hugendubel

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München  
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05  
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

## Leseprobe aus dem GEGENSTANDPUNKT 4-10:

### Der Ausländer und das Problem, das er darstellt

#### Nationalismus global

Überall gibt es Ärger mit den Ausländern – mehr als lange üblich: In Deutschland, Österreich, den USA, in Frankreich, das rumänische Roma deportiert, in England, wo eine British National Party Streiks gegen die Beschäftigung osteuropäischer EU-Bürger organisiert; in einer ganzen Reihe weiterer EU-Staaten, wo ausländerfeindliche Parteien Wahlen gewinnen. Immer wieder und immer massiver stören sich politische Parteien und Regierungen am Vorhandensein, an der Zahl oder der Verfassung von Bevölkerungsteilen, die als nicht dazugehörig identifiziert und vom Hauptvolk abgegrenzt werden. Diese Ab- und Ausgrenzung lebt von der Scheidung zwischen zwei Sorten von Menschen, welche niemand anderes als die Staatsmacht in die Welt setzt: Zwischen solchen, die zu ihr gehören, ganz und gar ihrer exklusiven hoheitlichen Gewalt unterworfen sind, also nicht umhinkommen, ihre Ansprüche zu bedienen – sie genießen als Inländer das interessante Recht, im Bereich dieser Hoheit leben zu dürfen. Und all denjenigen, die anderen Staaten angehören und im Land nichts verloren haben, es sei denn, der Staat hat besondere Gründe, ihnen den Aufenthalt dennoch zu gestatten – weil und solange die Fremden ihm von Nutzen sind. Ob und wann sie stören, hängt also auch nicht von ihnen ab.

1. Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft globalisiert haben, behandeln die Reichtumsquellen der ganzen Welt, über welche ihre ausländischen Konkurrenten gebieten, als Mittel der nationalen Bereicherung. Nicht nur Waren- und Kapitalmärkte, sondern auch fremdes Menschenmaterial, das als Arbeitskräftepotenzial interessant ist. Wenn das Wachstum auf dem Kapitalstandort, den die nationale Herrschaft kommandiert, es erfordert; wenn also die heimische Unternehmerrmannschaft Bedarf an bestimmten Sorten tüchtiger und preisgünstiger Arbeitermannschaften anmeldet oder gar insgesamt eine Knappheit an Arbeitskräften zu registrieren ist, welche die Löhne hochtreibt und das Wachstum beschränkt, dann öffnet die Regierung die Grenzen für Bürger fremder Länder, damit sie als mobile Reserve das verfügbare Arbeitskräftereservoir erweitern. Wenn sie genug von ihnen hat, sagt sie ‚Das reicht‘ und macht die Grenze dicht. Wenn, sei es wegen der erfolgreichen Freisetzung von Arbeitskräften durch den technologischen Fortschritt der Profitproduktion, sei es infolge einer Krise, zu viele da sind, haben sie ihre Schuldigkeit getan und werden wieder weggeschickt – Schikanen plus Rückkehrprämien sind gebräuchliche Methoden. Wenn sie auf Dauer gehalten werden sollen, dürfen großzügigerweise die Familien oder gewisse Teile derselben nachkommen, sofern sie sich an die Kleinlichen, aber rechtlich einwandfrei beschlossenen Bedingungen halten, mit denen sie als Ausländer von und gegenüber den Inländern diskriminiert werden. Wenn sie sich nicht mehr nützlich machen, werden sie als lästige Kostenfaktoren behandelt und als soziale Last drangsaliert. Je mehr die Einwanderer sesshaft werden und je weniger das Kapital sie braucht, desto unhandlicher werden sie als die Manövriermasse, die man ins Land geholt hatte.

Über mangelnden Nachschub an armen und verarmten, also billigen und willigen Bewerbern brauchen sich Westeuropa und Nordamerika, die Zentren des Weltkapitalismus, nicht beklagen; anatolische Bauern müssen nicht mehr angelockt werden. Der geschäftliche Zugriff auf die ganze Welt hat für massenhaft Leute das Leben in ihren Geburtsländern unmöglich gemacht. Der Ruin der traditionellen Lebensbedingungen, den die überlegene Konkurrenzmacht der westlichen Konzerne auf dem Globus anrichtet, sorgt schon dafür, dass selbst die elendsten Löhne ein attraktives Angebot für Afrikaner, Latinos, Ost- und Südeuropäer etc. sind und bleiben. Diese Elendsflüchtlinge sind auf jeden Fall zu viele, sie stören bloß. Also werden sie vom nationalen Territorium ferngehalten, inzwischen mit allen Mitteln der militärischen Grenzsicherung. Wenn bei dem Versuch, Mauern, Stacheldrähte und Meere zu überwinden, jährlich Tausende sterben, so spricht das nur dafür, die abschreckende Grenzsicherung zu perfektionieren – dann braucht es auch keine inhumanen Auffanglager mehr in Griechenland und anderswo, jedenfalls nicht innerhalb Europas. Die nicht wenigen, die es dennoch über die Grenze schaffen, werden je nach herrschaftlichem Kalkül mal eine Zeitlang geduldet, denn als „Papierlose“, d.h. illegale Existenzen sind sie für ehrenwerte heimische Geschäftsleute besonders attraktiv; wenn sie Glück haben, werden sie sogar auf Zeit oder dauerhaft legalisiert; oder sie werden aufge-

spürt, als Verbrecher kaserniert und deportiert. Während sie die Ärmsten der Armen, die ein Überleben suchen, mit aller Gewalt fernhalten, können die kapitalistischen Hauptmächte von einer speziellen Sorte Einwanderer gar nicht genug kriegen: Untereinander konkurrieren sie darum, aus dem globalen Pool von Wissenschaftlern und Spezialisten bis hinunter zum qualifizierten Mittelbau möglichst viele auf ihr Territorium zu ziehen und ihrer Ökonomie als human capital verfügbar zu machen. Leute, von denen man sich technologische Vorsprünge oder wenigstens Beiträge zur Produktivität des Standorts verspricht, sollen mit attraktiven Angeboten gewonnen werden und unbürokratisch zuwandern können, damit „Wir“ nicht zum „Migrationsverlierer“ werden. Zur globalisierten Republik gehört es eben auch, anderen Staaten die Elite zu klauen und deren Ausbildungsleistungen aufs eigene Wachstum umzulenken. Wieder andere Ausländer werden aus politischen Gründen ins Land gelassen und bekommen einen entsprechenden Rechtsstatus verpasst. Gern gesehen sind bisweilen „Dissidenten“, die in einem zum Feind erklärten Land verfolgt werden. Ihnen gewährt man Asyl, um den Unrechtscharakter des dortigen Regimes zu unterstreichen. Andere kommen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen, in denen die eigene Nation militärisch involviert oder an denen sie „vital“ interessiert ist. Einigen Exemplaren von der menschlichen Basis der Kriegspartei, auf die man setzt, wird erlaubt, sich vor dem Töten und Sterben in Sicherheit zu bringen. Mit solch humanitären Aktionen macht der Staat sich als Schutzmacht für die unterstützten politischen Kräfte geltend. Den (Bürger-)Kriegsflüchtlingen bietet er Aufenthalt, solange es in seine imperialistischen Berechnungen passt. Samt der nötigen Vorschriften, versteht sich, etwa mit einem Arbeitsverbot, um ein Sesshaft-Werden zu verhindern. Das macht dann die Last besonders drückend, die die Existenz der Flüchtlinge für den Staatshaushalt darstellt. Sobald die Regierung beschließt, der Krieg sei erledigt, oder auch nur das Interesse an ihm verliert, ist auch diese Ausländerkategorie, die der politischen Flüchtlinge, nur noch ein Problem. Seine Lösung steht fest. Als ehemals nützliche menschliche Instrumente der nationalen Außenpolitik werden sie in ihr zerstörtes Bürgerkriegsland zurückexpediert, egal was sie dort an Elend oder Verfolgung erwartet. Denn das ist ihre Heimat, in die sie doch wohl zurückwollen, oder?!

So sortieren politische Gewalten die Ausländer der Welt: entweder sich zu oder aus – je nach der nützlichen oder schädlichen Rolle, die sie ihnen zuschreiben. Sie behandeln sie als menschliche Manövriermasse, als globale Ressource ihrer ökonomischen und politischen Macht. Und sie betrachten es als Privileg, das sie vergeben, wenn sie fremden Bürgern das Recht einräumen, innerhalb ihrer hoheitlichen Grenzen zu leben und – das gilt erst recht als eine Gnade – bei ihnen arbeiten und sogar die Staatsbürgerschaft erwerben zu dürfen. Derjenige, der bleiben darf, muss sich den Status verdienen, der ihm – unter ständigem Vorbehalt – gewährt wird. Er muss allen Ansprüchen des „Gastlandes“ genügen; und ob bzw. wie lange er das tut, entscheidet nicht er. Klar ist in jedem Fall eines: Einwanderer müssen mit allen Existenzbedingungen



Fortsetzung von Seite 1: „Der Ausländer...“

zurecht kommen, die ihnen diktiert werden; wie sie das machen, das ist – wie stets in der freien Gesellschaft – ihre Privatsache. Sie müssen zurecht kommen, denn Scheitern bedroht nicht nur Einkommen und sozialen Status, sondern gleich das Recht zu leben, wo sie leben. Wenn sie alle

Der **GEGENSTANDPUNKT**-Verlag veranstaltet einen regelmäßigen öffentlichen Diskussionstermin: „Jour Fixe“.

Dort bietet sich die Gelegenheit, mit den Redakteuren über aktuelle Themen des Weltgeschehens zu debattieren.

**Frankfurt:**

im DGB-Gewerkschaftshaus,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69  
(Nähe Hbf), Zugang über den Hof  
Zeit: Jeweils Montag, 19:30 Uhr  
31.1. / 14.02. / 28.02. / 14.03. / 28.03.2011

**Weitere Städte:**

<http://www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html>

Anforderungen auf die Art bewältigen, wie es Einwanderer seit je tun, ist es auch wieder nicht in Ordnung: Sie ziehen in Stadtviertel, wo schon andere ihrer Nationalität leben, halten untereinander zusammen, betreiben eine inoffizielle Ökonomie in den eigenen Reihen und pflegen in der Diaspora die Sitten der alten Heimat. Damit schaffen sie das nächste Ärgernis: Sie bilden eine „Parallelgesellschaft“.

2. Der Vorwurf ist ein Witz. Die kapitalistische Nation besteht aus lauter Parallelgesellschaften, die untereinander wenig soziale Gemeinsamkeiten haben und kultivieren. Wann verkehren schon die wirklich Reichen mit Normalverbrauchern, wo trifft sich das akademische Unterhaltungsbedürfnis mit dem Zeitvertreib des Proletariats oder das Landvolk mit der Schwulenszene? Bei all den gegeneinander mehr oder weniger abgeschotteten Subkulturen steht für die Obrigkeit eines allerdings fest und wird gar nicht erst thematisiert: die Zuordnung zur eigenen Nation. Für genau die garantiert die Gemeinde der Ausländer nicht, auch wenn so mancher von ihnen inzwischen einen inländischen Pass vorzeigen kann. Ihr Anderssein begründet ein Misstrauen, das sich nicht erst rührt, wenn politische Illoyalität der Einwanderer gegenüber Gesetzen des Landes, seinen außenpolitischen Bündnissen, Feindschaften und Kriegen gefürchtet wird. Der Anspruch reicht weiter. Die Migranten stehen im Verdacht, nicht zuverlässig „Amerika“, „Deutschland“ oder „Österreich“ zu denken, wenn sie „Wir“ sagen. Womöglich buchstabieren sie Heimat immer noch anders und adressieren ihre Hoffnungen und Sorgen nicht automatisch und zuerst an die Staatsmacht, deren Gesetzen sie gehorchen; womöglich übersetzen sie Unzufriedenheit nicht in den Vorwurf schlechten Regierens und in die Sehnsucht nach besserem. Den Eingewanderten traut die Staatsmacht die fundamentale nationale Politisierung nicht zu, die sie bei ihren Eingeborenen wie eine natürliche Eigenschaft voraussetzt, die diese mit der Muttermilch eingesogen haben. Einerseits untergräbt die globalisierte Republik das bornierte überkommene Zusammengehörigkeitsgefühl des völkischen Kollektivs, wenn sie sich ihre Bevölkerung aus aller Welt zusammenholt, andererseits verlangt sie von alten und neuen Landesbewohnern genau diese allem Denken und Wollen vorausgesetzte Parteilichkeit für Volk und Staat. Das ist der Inhalt des kategorischen Imperativs der „Integration“, den die Politiker erlassen. Menschen unter ihrer Hoheit haben ihre ganze Individualität über die Zugehörigkeit zu dem Staat zu definieren, in den es sie verschlagen hat. Dass sie das auch tun, können die Zugereisten der misstrauischen Obrigkeit durch bewusste und gewollte Dokumente ihrer Anpassungsbereitschaft prinzipiell nicht beweisen. Mit der fremden Sprache, die sie untereinander sprechen, sowie mit jedem Rest von Sitten, Trachten, Lebensstilen ihres Herkunftslandes zeugen sie vielmehr von einer abweichenden, fremden Identität. An welchen Indizien die unerträgliche Randständigkeit jeweils dingfest gemacht und entlarvt wird, das lässt sich die Politik gerne von den Urteilen vorgeben, die im Volk so kursieren.

3. Auf dessen Ausländerfeindlichkeit ist nämlich Verlass. Sie ist Konsequenz der nationalen Identität, zu der sich die vom Staat zusammengezwungene Klassengesellschaft bekennt. Deren Insassen stellen dieses Verhältnis auf den Kopf und verstehen sich als Menschen-Kollektiv, dem die Staatsmacht dient und dessen Wohl zu mehren ihre ganze Raison ist. Die Ausländer sind aus diesem Kollektiv von vorneherein ausgeschlossen; denn sie sind ja keine Inländer, denen der Schutz des Staates gebührt. Vielmehr muss das einheimische Kollektiv sein Wohlergehen ja gegen den Egoismus und die nationalistischen Umtriebe anderer Staaten und Völker verfolgen und verteidigen. Das Volk, vor allem das in seinem Erwerb stets bedrohte Arbeitsvolk, versteht seine Zugehörigkeit zu seinem Staat als ein Privileg und eine Sicherheitsgarantie, wenn schon nicht vor den Geschäftskalkulationen der Arbeitgeber, so doch vor fremden Konkurrenten, denen dasselbe Privileg nicht zusteht. Auch wenn die Ausländer die niedrigsten und am schlechtesten entlohnten Tätigkeiten verrichten, steht fest, dass sie „uns“ ausnützen, weil sie in „unserem“ Land ihren Vorteil suchen. Generell belastet es das Vertrauensverhältnis der Volksangehörigen zu ihren Politikern, dass die es Ausländern erlauben, sich im Land aufzuhalten und den Einheimischen Arbeits- und Kindergartenplätze, Wohnungen und sonst noch was wegzunehmen. Amtsträger geraten da in den Verdacht der Untreue gegenüber ihrem Volk.

4. Die Politik benutzt und lenkt dieses Resentiment, indem sie darauf eingeht. Es gilt ihr als ehrenwerter Standpunkt und als ein gutes Recht des Volkes, das sie nicht zurückweist, von dem sie ihre global ausgreifende Bevölkerungspolitik aber auch nicht stören lässt. Dass „Deutsche zuerst!“ drankommen, sagen nur rechtsradikale Parteien, praktisch rechtfertigt sich alle Politik vor diesem Maßstab. Was immer der Staat im Umgang mit Einwanderern für nötig hält, was er ihnen an Diskriminierung antut, an Sonderprüfungen ihrer Loyalität abverlangt und an Sonderaufsicht zumutet, alles präsentiert er den Alt-Eingesessenen als Dienst an ihnen und kann sich ihrer Zustimmung zu jeder Gemeinheit sicher sein. Wenn er Bedarf danach verspürt, kann er die Aggression des Volkes gegen beliebige national und ethnisch definierte Bevölkerungsgruppen richten und sich dann mit der Bewältigung der Spannungen und der Beseitigung ihrer Ursachen beauftragen. Wenn er es für opportun befindet, kommt die Bestätigung des nationalistischen Ressentiments – „Wir“ brauchen die Ausländer und sie nützen „uns“ doch auch! – mäßigend daher; so sollen undifferenzierter Hass und eigenmächtige Übergriffe auf die Fremden gebremst werden.

5. Anders verhält es sich mit der offiziellen Ausländerfeindlichkeit, die im letzten Jahrzehnt in den westlichen Staaten entstanden ist und sich auf eine Kategorie von Migranten richtet, die gar nicht durch die Zugehörigkeit zu einer anderen Nation als fremd identifiziert werden, sondern durch ein Glaubensbekenntnis. In Frankreich trifft es die Nordafrikaner, in England die Pakistani, in Deutschland die Nachkommen der türkischen Gastarbeiter, die früher alle als Angehörige ihrer jeweiligen Nation wahrgenommen und auch schon ekelhaft genug behandelt wurden; heute verschmelzen diese Nationalitäten in der Figur des *Moslems*. Seine Religion ist die störende Andersartigkeit, die eine Integration erschwert oder verhindert. Den Islam lassen die Länder der Religionsfreiheit nicht als Privatsache gelten, jedenfalls nicht so einfach wie andere Religionen. Sie bezweifeln, dass dieser Glaube sich darauf beschränkt, brave Privatreligion zu sein, die man keinem nehmen will, und hegen den Verdacht, dass er doch mehr, nämlich praktisch-politischer, mit den westlichen Verhältnissen unverträglicher Wille ist. Die Charakterisierung dieser Religion trägt Züge eines Feindbilds. Man erfährt über sie nichts als

die Liste ihrer Verstöße gegen Modernität und Freiheit. Erstens hat der Islam die schmerzhafteste Aufklärung versäumt, die dem Christentum so gut tut; er ist buchstabengläubig, intolerant und tötet. Zweitens – das leistet die Trias: Kopftuch, Zwangshe, Ehrenmord – hat Mohammed im 7. Jahrhundert die Unterdrückung der Frau verordnet, die bei uns seit ein paar Jahrzehnten offiziell nicht mehr erlaubt ist. Freie Denker vertiefen sich begeistert in die verkehrte Religion und tragen mit Koranstudien und Islamwissenschaft zur kritischen Prüfung und dadurch zur Objektivierung des Feindbilds bei. Im Ergebnis wird die Ausgeburd der fremden religiösen Phantasie unter die Kategorie Verbrechen und Unterdrückung subsumiert; ein Urteil, das seinerseits die Unterdrückung der üblen Gesinnung nötig und gerechtfertigt erscheinen lässt. Der Islam verdient, wenn nicht gleich Verfolgung, so doch das Misstrauen, das der Westen ihm entgegenbringt. Auch in diesem Fall rechtfertigt das Feindbild eine politische Feindschaft, die andere Gründe hat als die moralische Ablehnung der fremden Moral. Allerdings handelt es sich schon um eine ungewöhnliche Feindschaft, wenn im 21. Jahrhundert eine Religion das Bild des Feindes bestimmt: Die USA, Deutschland und die meisten EU-Staaten führen Krieg gegen den „islamistischen Terror“; sie haben dafür nach dem 11. September 2001 den Nato-Verteidigungsfall ausgerufen. Sie kämpfen in Afghanistan, aber nicht gegen Afghanistan. Sie kämpfen dort, in Pakistan, Somalia, im Jemen und wo auch immer sie Nester von Al Kaida und Gesinnungsgenossen wissen oder vermuten. Der Feind ist nicht ein Staat, sondern eine radikale Bewegung und politische Kräfte, die ihnen eine Heimstatt geben. Die aktuellen Objekte der Feindschaft der westlichen Nationen, ihre Unverträglichkeit mit der durchgesetzten Weltordnung des Kapitals, sind also nicht *staatlich* definiert, sondern als *nicht-staatliche Terroristen*, die ihre radikalen Motive dem *Islam* entnehmen. Die Feindschaft der Weltordnungsmächte schließt also die islamische Region mit ein, sofern diese als Nährboden und Waffe der Gegner identifiziert ist. Am Hindukusch begründen die Taliban ihren anti-amerikanischen und antiwestlichen Kampf mit dem Islam; und der Westen begründet das Engagement für seinen Statthalter Karzai mit dem Kampf gegen den Islamismus, gegen die Burka und für Mädchenschulen. Die Kritik an der Religion, die antiwestliche Radikalisierung nicht zuverlässig verhindert, rechtfertigt jedes Zuschlagen der zivilisierten Staatenwelt.

Andererseits richtet sich deren Kampf auch wieder nicht gegen den Islam; man hütet sich, sich die ganze islamische Welt von Marokko über Bosnien bis Indonesien zum Feind zu machen. Feind ist „bloß“ der *politische* Islam, der Aufstand gegen die westliche Penetration und Dominierung des Morgenlandes. Es ist bezeichnend, dass führende Politiker sich immer wieder zu Klarstellungen genötigt sehen: Die USA, so versichert Präsident Obama, befinden sich nicht im Krieg mit den Moslems; auch der Islam gehöre heute zu Deutschland, setzt der deutsche Bundespräsident hinzu. In ihren Dementis geben sie zu erkennen, wie fest das Feindbild sitzt, welches sie und ihre freie Öffentlichkeit in einem Jahrzehnt des Antiterrorkrieges etabliert haben. Sie geben sich große diplomatische Mühe, ein *Feindbild* zu differenzieren, was der Natur eines solchen im Grunde widerspricht. Ein unmenschliches Monster hat schließlich nicht böse und gute Seiten.

Das Ringen der Staatsmänner um die (Unter-)Scheidung von eigentlich tolerierbarer islamischer Religion und fundamentalistischem Verbrechen bekommt die eingewanderte islamische Bevölkerung in Amerika und Europa zu spüren. Die Moslems mit dem Migrationshintergrund werden zu Opfern des ebenso unverzichtbaren wie um selektive Anwendung bemühten Feindbilds. Und das nicht erst, wenn man die Moscheen verdächtigt, Rekrutierungsfeld und Rückzugsraum von Al Kaida zu sein – auch das gab es und gibt es immer mal wieder. Die Unvereinbarkeit mit der als antiwestlich identifizierten Glaubenskultur ist umfassender: Auch wenn sie unpolitisch bleiben, passen diese Leute nicht ins Abendland, es sei denn, sie beweisen „uns“ glaubwürdig, dass sie ihren Allah hinter unseren säkularen Staat, der über allen Göttern thront, zurückzusetzen bereit sind. Darüber, ob und wie so ein Beweis echter Loyalität zu liefern ist, der „uns“ zufriedenstellt, entbrennt überall ein fundamentalistischer Streit. Der heißt in Deutschland Integrationsdebatte.

## Forum GEGENSTANDPUNKT auf RadioX

Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 15:00 bis 16:00 Uhr

sowie jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9:00 bis 10:00 Uhr

FM: 91,8 Kabel: 99,85

Radiobeiträge und Vorträge von **farbeROT** und **GEGENSTANDPUNKT** können kostenlos als .mp3 auf

[www.farberot.de](http://www.farberot.de)

heruntergeladen werden.

### Aktuelle Sendungen:

- **Röslers Systemwechsel im Gesundheitswesen**  
Ein Beitrag zur Lohnnebenkostensenkung am Standort Deutschland
- **Nachrichten aus der Marktwirtschaft**
  - Die Meissner Porzellanmanufaktur zertrümmert ihr bestes Porzellan, kämpft damit um ihren "Markenwert"
  - China enthält "uns", den westlichen Industriestaaten, seine Seltenen Erden
  - Das Depot "Asse" - wie ungesund ist Radioaktivität
- **Finanzkrise-Staatshaushalt-Lohnfront**
  - 1. Regierungen sorgen dafür, dass das spekulative Geschäft der Banken wieder rundläuft
  - 2. Der Staat spart am Sozialhaushalt
  - 3. Niedrige Löhne in Deutschland - Schlusslicht in Europa

## Sprüche & Widersprüche

**Der neueste Schrei der**

**Gewerkschaft: Kriegsmaterial!**

**Im Interesse der arbeitenden Klasse**

**„IG Metall warnt vor geringeren Rüstungsausgaben.“**

„Die IG Metall hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vor einer massiven Kürzung des Rüstungsetats gewarnt. Mit den jetzt geplanten Einsparungen würden 30 000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und die „militärische Luftfahrtindustrie kaputt gemacht“, sagten EADS-Gesamtbetriebsratschef Thomas Pretzl und IG-Metall-Konzernbetreuer Bernhard Stiedl. Sie kündigten den Widerstand der Gewerkschaft an.“ (tagesschau.de, 14.9.10)

In einer Welt, in der das höchste proletarische Glück ein Arbeitsplatz ist, ist das Schlimmste, was einem Arbeiter passieren kann, den der Arbeitsmarkt zu EADS verschlagen hat, dass der Staat an den Ausgaben für Krieg spart. Gottseidank hat er eine Gewerkschaft.

**„WHO: Fehlende Krankenversicherung treibt Menschen in Armut“**

„Etwa 100 Millionen Menschen rutschen jährlich in die Armut ab, weil sie nicht krankenversichert sind. Das geht aus dem neuen Weltgesundheitsbericht der WHO hervor; der in Berlin vorgestellt wurde. Die private Zahlung von Behandlungskosten führe häufig in den finanziellen Ruin, nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in Industriestaaten.“ (Deutsche Welle, 22.11.10)

Wer sich keine Krankenversicherung leisten kann, dem droht die Armut. Aber nur, wenn er krank wird. Sonst hat er ja alles, was er braucht.

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des **GEGENSTANDPUNKT**-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens lassen sich auf [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de) kostenlos herunterladen.

Artikel aus der politischen Vierteljahresschrift **GEGENSTANDPUNKT**. Verlagsprogramm und weitere Artikel im Internet unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com). Auf den Veranstaltungen sind kostenlose Probeexemplare erhältlich.

# farbeROT

- aktuell -

## Die Lage in Tunesien und Ägypten: Volksaufstände in unseren Diktaturen

Im Maghreb und auf der arabischen Halbinsel versuchen die Völker, ihre alten Machthaber zu verjagen. Das Leben, bei meist kargem Verdienst und steigenden Preisen über die Runden kommen zu müssen, haben sie satt; die Herrschaft, also die seit Jahrzehnten regierende Staatspartei, die diese Lebensumstände gegen sie durchsetzt, wollen sie loswerden; die soziale Frage eskaliert zur *Machtfrage*. Dabei haben es die Demonstranten mit gleich zwei Adressen zu tun: Direkt mit der *Staatsgewalt*, die ihr Land kapitalistisch „modernisiert“, innenpolitisch „stabilisiert“ und ihre Leute dafür eingespannt und unterdrückt hat; indirekt aber auch mit jenen *auswärtigen Mächten*, die in und an diesen Staaten „vitale Interessen“ haben. Deutsche Firmen nutzen afrikanische Billiglöhne für ihren Profit, Multis aus USA oder Frankreich widmen sich geschäftsmäßig den reichhaltigen Rohstoffvorkommen, die tunesische Landwirtschaft wird ganz nach den Maßgaben europäischer Importbedürfnisse hergerichtet, die „Festung Europa“ schätzt die Hilfe lokaler Potentaten zur Unterbindung unerwünschter Flüchtlingsströme nach Spanien und Italien. Auf diesen Dienst an diesen weltmächtigen Interessen haben und wollten sich die Präsidenten in Tunis und Kairo festlegen lassen. Daraus, ergänzt um Milliarden Dollar oder Euro für Waffenimporte und Militärhilfe, beziehen die Ben Alis und Mubaraks die Pfründe ihrer Macht.

\*\*\*

Jetzt ist die ganze Region in Unordnung. Die Massen rufen nach „Freiheit und Demokratie“, weil sie sich von einer anderen Herrschaft ein besseres Leben versprechen; sie erzwingen den Regierungswechsel

in Tunesien und verlangen den sofortigen Rücktritt Mubaraks; die alten Chefs und ihre Cliques reisen aus oder kleben am Amt; in letzter Instanz hängt alles daran, ob der Staat aufs eigene Volk schießen lässt. Und diese Entscheidung fällt nicht nur vor Ort: Die Antwort der kapitalistischen Führungsmächte des Westens ist bezeichnend. Sie ergreifen Partei: *gegen* „Diktatur“ und „Korruption“, also gegen ihre eigenen Kreaturen; *für* „Bürgerrechte“ und „Gemeinwohl“, also eine Herrschaftsform nach hiesigem Muster; v.a. aber *gegen Anarchie und für Stabilität* im „arabischen Krisengürtel“. Mit einer Parteinahme für die Anliegen des Protests ist das nicht zu verwechseln. Erst recht nicht mit dem Eingeständnis, dass *ihre Interessen* auf genau diese Weise bedient wurden: Die Rolle prowestlicher und anti-islamischer Marktwirtschaften in Nordafrika war *ohne* Hunger, Elend, Gleichschaltung und Staatsterror nicht zu haben, *mit* aber lange sehr gut! Deshalb distanzieren sich die Paten in Europa und USA nun von den bewährten *Statthaltern* ihrer Interessen und plädieren für den „Wandel“: Die Sorge um das „Pulverfass Nahost“ gilt erklärtermaßen der *Sicherung der Dienste*, die Regierende wie Regierte für die Metropolen der Freien Welt zu erfüllen haben; und dafür ist die „Gewähr von mehr Freiheit“ offenbar gerade recht. Im Angesicht eines Aufruhrs gegen ihre „Autokraten“, den sie nicht bestellt haben, empfehlen Obama oder Westerwelle *Demokratie* – nicht als Alternative, die Leute besser zu behandeln, sondern als alternative *Herrschaftsmethode*, „Ruhe & Ordnung“, also stabile Verhältnisse für die Bedienung ihrer ökonomischen und strategischen Interessen herzustellen.

**Was ist da los in Nordafrika und im Nahen Osten?**

**Zur Klärung dieser und weiterer Fragen laden wir ein zur Diskussion auf dem „Jour-Fixe“ des GEGENSTANDPUNKT-Verlags:**

am 14.02.2011

in Frankfurt am Main, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 (Nähe Hbf)  
Zugang über den Hof

um 19.30 Uhr

Eintritt frei!

Anlässlich der aktuellen Lage in Nordafrika und dem Nahen Osten zwei Lesetipps:

## Klarstellungen zum Thema **Korruption in der Politik**

Um private Willkür der Amtsträger auszuschließen, erklärt der bürgerliche Staat Korruption zum Straftatbestand und zieht eine Scheidelinie zwischen der gewollten Kommandomacht des Geldes, für die es alles zu kaufen gibt und bloßer persönlicher Vorteilsnahme, also zwischen „Lobbyismus“ und „Korruption“, um den Nutzen des Systems der

Konkurrenz zu sichern. Dieses Ideal der „Unbestechlichkeit“ staatlichen Handelns stiftet die allgemeine Sorge um das rechtsförmige Gelingen der Herrschaft, die damit an nichts anderem als ihren eigenen Kriterien gemessen wird. Nach außen fungiert Korruption als Einmischungstitel, um anderen Staaten das Misslingen ihrer Herrschaft vorzuwerfen.

---

Vollständiger Text nachzulesen im GEGENSTANDPUNKT 1-2000  
oder im Internet unter <http://www.gegenstandpunkt.com/gs/00/1/korrupt-x.htm>

---

Die einfache Antwort / ... und ein Kommentar zur Frage:

## **Warum sind viele Menschen in den Entwicklungsländern arm?**

Arme gibt es deshalb, weil sie vom existierenden Reichtum ausgeschlossen sind. Einen Mangel an Waren gibt es heutzutage nicht mehr. Das gilt nicht nur für Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch für die Länder der 1. Welt. Grund dafür ist das Privateigentum, der Rechtstitel des weltweit agierenden Kapitals. Staaten unterwerfen

ihr Volk der Herrschaft des Eigentums, mehr ihre Macht und ihren Reichtum dadurch, dass sie Armut produktiv machen. Wer wie Globalisierungsgegner und Kirchen nach dem Grund der besonders großen Armut in Entwicklungsländern fragt, hält die normale Armut für keinen Skandal.

---

Leserbrief und Antwort der Redaktion nachzulesen im GEGENSTANDPUNKT 4-2003  
oder im Internet unter <http://www.gegenstandpunkt.com/gs/03/4/larmut.htm>

---